



HINWEISE ZUR UNTERSCHIEDUNG ZWISCHEN ÖFFENTLICHEN UND PRIVATEN AUFTRAGGEBERN

Anlage 1.10 der Architektenkammer Niedersachsen zur RPW 2013

Die Frage, ob es sich bei einem Bauherrn um einen öffentlichen oder privaten Auftraggeber handelt, prägt maßgeblich die vor und nach dem eigentlichen Architektenwettbewerb liegenden Phasen. Der Wettbewerb selbst bleibt hiervon praktisch unberührt.

Maßgeblich für den öffentlichen Auftraggeber sind vor allem bestimmte Bekanntmachungspflichten und verbunden damit auch Vorschriften für die Auswahl und Zulassung der Teilnehmer (siehe Anlage 1.1 und Anlage 1.2 zur RPW 2013). Ferner ist bei Vergaben, die den VgV-Schwellenwerte überschreiten (Honorarwert 209.000 €) mit den Preisträgern ein Verhandlungsverfahren durchzuführen, sofern die Zusage zur weiteren Beauftragung nicht ausdrücklich auf den ersten Preisträger bezogen wurde.

Die Definition des öffentlichen Auftraggeber ergibt sich aus dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen GWB § 99. Öffentliche Auftraggeber sind sinngemäß:

- 1. Gebietskörperschaften und deren Sondervermögen**
- 2. Juristische Personen des öffentlichen und des privaten Rechts,**
die zu dem besonderen Zweck gegründet wurden, im Allgemeininteresse liegende Aufgaben nicht gewerblicher Art zu erfüllen, sofern sie überwiegend von Stellen, die unter Nummer 1 und 3 fallen, finanziert werden, diese die Aufsicht über die Leitung ausüben oder mehr als die Hälfte der Mitglieder der Geschäftsführung oder eines Aufsichtsgremiums berufen haben. Dasselbe gilt dann, wenn die Stelle, die einzeln oder gemeinsam mit anderen die überwiegende Finanzierung gewährt oder die Mehrheit der Mitglieder eines zur Geschäftsführung oder Aufsicht berufenen Organe bestimmt hat, unter Satz 1 fällt.
- 3. Verbände, deren Mitglieder unter Nummer 1 oder 2 fallen.**
- 4. Natürliche oder juristische Personen des privaten oder öffentlichen Rechts (sofern nicht unter 2. genannt)**
sofern sie für Tiefbaumaßnahmen, für die Errichtung von Krankenhäusern, Sport-, Erholungs- oder Freizeiteinrichtungen, Schul-, Hochschul- oder Verwaltungsgebäuden oder für damit in Verbindung stehende Dienstleistungen und Wettbewerbe von Stellen nach Nummer 1 bis 3 zu mehr als 50 % finanziert werden.